

Begrüßung Wiebke Diehl – Jutta Kausch-Henken •
Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ / Friedenskoordination Berlin
Kundgebung 14. Juni 2025 • Straße des 17. Juni Berlin •
Stoppt den Völkermord, das Aushungern und die Vertreibung der Palästinenser

W.D.: Herzlich willkommen und danke, dass ihr heute hier seid!

Wir sind Wiebke Diehl und Jutta Kausch-Henken und begrüßen euch im Namen der Initiative „Nie wieder Krieg - die Waffen nieder“ und der Friedenskoordination Berlin, die mit dem Vereinigten Palästinensischen Nationalkomitee, Eye4Palestine und der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost diese Kundgebung organisiert haben, herzlich zu unserer Kundgebung.

„Wir sind nicht länger eine palästinensische Sache, wir sind jedermanns Sache“ – dieser Satz stammt von Muhammad Moussa, einem Dichter aus Gaza.

Wir stehen hier, weil er Recht hat. Wir dürfen nicht schweigen zu den Verbrechen, zu dem Völkermord, den die israelische Regierung und die israelische Armee im Gazastreifen begehen. Seit über 600 Tagen erleben über 2 Millionen Menschen die Hölle auf Erden. Und der Westen, unsere Regierung, und auch die Medien – sie sind Komplizen. Denn sie unterstützen den brutalen Gazakrieg mit politischer Schützenhilfe und mit Waffen. Genau wie den israelischen Angriffskrieg gegen den Iran.

Wir danken euch, dass ihr alle heute hier seid. Gemeinsam fordern wir:

Stoppt sofort die Waffenlieferungen nach Israel! Und es braucht auch ein Ende jeder militärischen Zusammenarbeit.

J.K.-H.: Wir wenden uns gegen eine sogenannte Staatsräson, die die brutale und völkerrechts-widrige Kriegs-, Entrechtungs-, Enteignungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik Israels rechtfertigt. Und wir sagen ganz deutlich: diese Politik beschränkt sich nicht auf den Gaza-streifen.

Wir fordern auch ein Ende der Kriminalisierung der Palästina-Solidarität und zunehmend auch der gesamten Friedensbewegung.

Ja, wir erleben es schon lange, dass Palästinenserinnen und Palästinenser Repressionen ausgesetzt sind, wenn sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlung ausüben, aber die Beschränkungen werden auch für die Friedensbewegung sowie für alle, die sich gegen Ungerechtigkeiten und Missstände wehren, massiver.

Um diese Kundgebung durchzuführen, mussten wir zahlreiche Beschränkungen in Kauf nehmen: Wir hatten sie am Brandenburger Tor angemeldet. Stückchenweise wurden wir immer weiter abgedrängt vom „symbolträchtigen Ort. Zuerst sollten wir an die Ebertstraße, dann von dieser 50 Meter weiter in die Straße des 17. Juni, jetzt sind es 150 Meter. Wir sind nicht die Gefahr. Wir stehen für friedliche Demonstrationen. Wir sind hier, um gegen Gewalt zu protestieren.

Und wir verstehen es als unsere Pflicht, gegen die ungeheuren israelischen Verbrechen laut zu protestieren.

Begrüßung Wiebke Diehl – Jutta Kausch-Henken •
Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ / Friedenskoordination Berlin
Kundgebung 14. Juni 2025 • Straße des 17. Juni Berlin •
Stoppt den Völkermord, das Aushungern und die Vertreibung der Palästinenser

W. D.: Jahrzehnte sind die Unterdrückung der Palästinenser und die gegen sie geführten Kriege bereits alt.

Aber das, was seit eineinhalb Jahren in Gaza passiert, sprengt alle Grenzen des Vorstellbaren. Die Bilder verhungender Menschen, viele von ihnen Kinder, sind kaum zu ertragen. Ich bin Journalistin und spezialisiert auf Westasien, den so genannten Nahen und Mittleren Osten. Und ich habe das Gefühl, eigentlich nicht mehr schreiben zu können. Denn wie soll man das Grauen beschreiben, wenn einem bei jedem Bild, bei jedem Gedanken daran die Tränen kommen? Und vor allem: was sind schon meine Worte? Darf ich sie überhaupt nutzen, wenn sie doch nichts ändern?

Wir machen uns schuldig – jeden Tag, jede Minute. Wenn wir schlafen, ohne Angst haben zu müssen. Wenn wir essen und trinken. Und wir machen uns sogar schuldig, wenn wir atmen. „Die Menschlichkeit hat versagt“ sagte vor einigen Tagen die Leiterin des internationalen Roten Kreuzes. Gaza sei „schlimmer geworden als die Hölle auf Erden“. Weil Israel Hunger als Waffe einsetzt – ein eklatantes Kriegsverbrechen. Die Bilder erinnern an die Blockade von Leningrad.

Die offizielle Zahl von 55.000 Getöteten in Gaza ist viel zu niedrig angesetzt. Schon im vergangenen Sommer befanden Spezialisten im renommierten britischen medizinischen Journal *The Lancet*, es seien bereits zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich mindestens 186.000 Todesopfer gewesen – wenn man diejenigen hinzuzählt, die verschüttet sind oder etwa wegen mangelnder Nahrung und fehlender medizinischer Versorgung sterben. Und 70 Prozent der Toten sind Frauen und Kinder.

UN-OCHA bezeichnet Gaza als „hungrigsten Ort der Welt“. Alle dort lebenden Menschen sind von der Hungersnot betroffen.

J.K.-H.: Die gesamte Infrastruktur Gazas liegt in Schutt und Asche. Laut einem UN-Bericht könnte ein Wiederaufbau – so denn der Krieg irgendwann endet – bis zu 350 Jahre dauern.

90 Prozent der Schulen und Universitäten sind zerbombt, die meisten Gesundheitseinrichtungen sind nicht mehr in Betrieb. Verstümmelte, ohne Licht und Betäubungsmittel amputierte Kinder gehören längst zum Alltagsbild.

Was ist das für eine Welt, die dies geschehen lässt!

Die Menschen werden hin und her getrieben und auf immer kleiner werdendem Raum zusammengepfercht. Wie UN-OCHA in einem Bericht schreibt, liegen inzwischen über 80 Prozent des Gazastreifens in der von Israel militärisch besetzten Zone oder unterliegen Vertreibungsbefehlen.

Wer dem weiter zusieht und dazu Israel noch unterstützt, wie es die Bundesregierung tut, ist Komplize und muss zur Rechenschaft gezogen werden!

Seit einigen Wochen hört man neue Töne aus der deutschen Politik und den Medien. Und nicht mehr jeder, der Kritik an Israel übt, ist gleich ein Antisemit. Einige SPD-Politiker – was gut und richtig ist – fordern einen Rüstungsexportstopp nach Israel. Und der CSU-Außenminister Johann Wadepful will sogar Waffenlieferungen überprüfen. Aber tatsächliche Konsequenzen ergreift die Bundesregierung bislang nicht. Waffen will man weiter liefern, sie sollen nur bitte, bitte nicht in Gaza eingesetzt werden. Das ist alles eine Farce!

Begrüßung Wiebke Diehl – Jutta Kausch-Henken ●
Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ / Friedenskoordination Berlin
Kundgebung 14. Juni 2025 ● Straße des 17. Juni Berlin ●
Stoppt den Völkermord, das Aushungern und die Vertreibung der Palästinenser

W.D.: Und was soll das überhaupt heißen? Wenn Israel deutsche Rüstungsgüter gegen andere Länder einsetzt, wenn es den Libanon überfällt oder Syrien mit freundlicher Genehmigung der dort vom Westen installierten, Minderheiten mordenden und aus Terrororganisationen zusammengesetzten so genannten Regierung besetzt – ist das dann etwa kein Problem?

Darf die in Teilen rechtsextreme israelische Regierung mit deutscher Unterstützung ihren Expansionskurs gegen alle Regeln des Völkerrechts umsetzen und – wie es der Siedler-Minister Bezalel Smotrich fordert – ein Groß-Israel schaffen, das sich in den Irak, den Libanon, nach Syrien, Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien erstreckt?

Darf Israel, wie gerade geschehen, ungestraft den Iran überfallen und damit einen völlig unkontrollierbaren Flächenbrand riskieren? Wir sagen nein!

Alle Waffenlieferungen nach Israel müssen umgehend gestoppt werden. Der Haftbefehl gegen Netanjahu gehört umgesetzt! Israel muss für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Und wir danken nicht nur Südafrika für seine Völkermordklage vor dem Internationalen Gerichtshof, sondern besonders auch Nicaragua, das die Bundesrepublik Deutschland wegen Beihilfe vor den IGH gebracht hat!

J.K.-H.: Jeder konnte schon damals, im Oktober 2023 wissen, was geplant war, wenn er hingehört hätte, was israelische Politiker äußerten. Auch Merz, der jetzt von sich gibt, gar nicht mehr so recht zu verstehen, was die Ziele der Kriegsführung seien. Der damalige Verteidigungsminister Gallant nannte Palästinenser „menschliche Tiere“, die zu beseitigen seien. Präsident Isaac Herzog wollte ihnen – Zitat – „das Rückgrat brechen“. Dass es unschuldige Zivilisten gibt, stritt er ab. Der stellvertretende Parlamentssprecher wollte den Gazastreifen „vom Erdboden tilgen“. Ministerpräsident Netanjahu nennt die aktuelle Bombardierung und Invasion „abschließende Maßnahmen“.

Das bedeutet nichts anderes als endgültige Vertreibung, ethnische Säuberung und Annexion. Schließlich verhandeln

Wir dürfen nicht nur heute gegen den Völkermord an den Palästinensern demonstrieren. Wir müssen die Bevölkerung mitnehmen! 80% sagen ja mittlerweile, dass Israels Vorgehen im Gazastreifen nicht gerechtfertigt ist. Das stimmt zumindest leise hoffnungsvoll. Wir müssen es schaffen, viele von denen mit auf die Straße zu holen.

Das, was Wiebke anfangs mit den Worten von Muhammad Moussa gesagt hat, will ich wiederholen: Das, was in Gaza, im Westjordanland, in Jerusalem, in Israel gegen die dort lebenden Palästinenser und auch im Libanon und in Syrien geschieht, ist längst keine palästinensische Sache mehr. Es ist jedermanns Sache! Es MUSS jedermanns Sache sein! Denn Nie wieder gilt überall – auch in Gaza.